

Fäkalien auf Stolpersteinen

Staatschutz ermittelt wegen möglicher Schändung in Sendlinger Kyreinstraße

Zwölf „Stolpersteine“ im Hof des Anwesens Kyreinstraße 3 im Münchner Stadtteil Sendling erinnern an die Schicksale ehemaliger Bewohnerinnen und Bewohner des von den Nazis so genannten „Judenhauses“. In der Nacht zum 21. Juli ist der Gedenkort möglicherweise gezielt geschändet worden. Ein Anwohner entdeckte Exkremente auf den beschrifteten Messingsteinen und informierte die Polizei. Der Staatschutz ermittelt wegen des Verdachts auf Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener. Bis zu zwei Jahre Haft sieht das Strafgesetzbuch dafür vor.

Allerdings dürften sich die Ermittlungen schwierig gestalten. Die Steine waren bereits gereinigt, als die Polizei kam. Der Anwohner hatte zuvor aber Fotos gemacht. Ob es sich um menschliche oder tierische Fäkalien handelt, sei unklar, sagte eine Polizeisprecherin. Die Stolpersteine sind hinter einem Metallzaun verlegt, der den Hof von der Straße trennt. Auf öffentlichem Grund dürfen in München keine Stolpersteine verlegt werden, stattdessen bringt die Stadt Gedenkplaketten an oder errichtet Stelen, um ein Gedenken „auf Augenhöhe“ zu ermöglichen.

Die Stolpersteine in der Kyreinstraße 3 hatte der Künstler Gunter Demnig in den Jahren 2009 und 2011 auf Initiative der Hausgemeinschaft und anderer engagierter Münchnerinnen und Münchner verlegt. Kritiker dieser Gedenkform hatten immer wieder die Befürchtung geäußert, die in den Boden eingelassenen Steine könnten mit Füßen getreten und gezielt beschmutzt werden.

Die Stolpersteine erinnern an zwölf Holocaust-Opfer

Immer wieder werden Münchner Gedenkorte für die Opfer der Schoa beschädigt, beschmiert oder verschmutzt. In der Tengstraße wurde im April 2022 in das Erinnerungsschild für die in Theresienstadt ermordete Mina Bergmann ein Hakenkreuz geritzt, das Todesmarsch-Mahnmal an der Blumenburg wurde im Juli vor einem Jahr geschändet. Im November 2019 wurde in der Schwabinger Clemensstraße eine Stele, die an den von den Nationalsozialisten ermordeten Historiker Michael Strich erinnert, mit Farbe beschmiert. Die Skulptur „Gebeugter, leerer Stuhl“ – ein Mahnmahl zur Erinnerung an die in der NS-Zeit deportierten und ermordeten jüdischen Obermenzinger – wurde im April 2019 mit SS-Runen besprüht.

Im 1910 erbauten Haus an der Kyreinstraße lebten von 1940 an ausschließlich Juden, die zuvor aus ihren angestammten Wohnungen vertrieben worden waren. Die NS-Stadterwaltung pferchte sie gezielt in so genannten „Judenhäusern“ zusammen – Durchgangsstationen auf dem Weg in die physische Vernichtung. Die zwölf auf den Stolpersteinen in der Kyreinstraße namentlich genannten Menschen, die der Schoa zum Opfer fielen, wurden in Kausas, in Treblinka und in Theresienstadt umgebracht. Wolfgang Reiss, der jüngste von ihnen, war acht, Hanna Berger zehn Jahre alt, ihre Schwester zwölf, als sie ermordet wurden.

Martin Bernstein



Der Künstler Gunter Demnig verlegte die Steine im Jahr 2009. FOTO: ROBERT HAAS

Tabak-Manager wird neuer Paulaner-Chef

Nach dem vorzeitigen Abgang ihres bisherigen Vorstandschefs hat die Münchner Brauereigruppe Paulaner einen Nachfolger gefunden: Zum 1. September soll der zuvor für den britischen Tabakkonzern Imperial Brands tätige Manager Jörg Biebernick die Leitung übernehmen, wie das Unternehmen am Mittwoch mitteilte. Der 1968 geborene Biebernick übernimmt damit den Chefposten bei einem Bierkonzern mit zahlreichen Gesellschaften: Neben der eigentlichen Paulaner-Brauerei gehören dazu auch Hacker-Pschorr, Fürstenberg, Auerebräu, Hopf, Schmucker, Hoepfner, Thurn und Taxis sowie die Mehrheit an der Kulmbacher Brauerei AG. Mehrheitsseigner ist die Münchner Unternehmensgruppe Schörghuber, eine Minderheitsbeteiligung hält der niederländische Heineken-Konzern. Der bisherige Vorstandschef Jörg Lehmann räumt seinen Posten nach Meinungsverschiedenheiten mit dem Eigentümer vorzeitig, wie Paulaner im April mitgeteilt hatte.

DPA

Investoren müssen Tucherpark neu planen

Der Stadtrat diskutiert intensiv über das heikle Bauprojekt am Englischen Garten. Während Grün-Rot die Chance auf Hunderte neue Wohnungen sieht, verlangt eine überraschende Allianz einen Planungsstopp

Von Sebastian Krass

Für die einen ist es eine Chance, Hunderte neue Wohnungen zu schaffen und ein wunderbar gelegenes Quartier endlich zum Leben zu erwecken. Für die anderen versündigt sich die Stadt am Englischen Garten und hilft Investoren, die sich verkalkuliert haben, mit übertriebenem Baurecht aus der Patsche. Diese zwei Positionen haben am Mittwoch die Stadtratsdebatte über die künftige Gestaltung des Tucherparks in Schwabing geprägt.

Auf der Tagesordnung der Vollversammlung stand der Aufstellungsbeschluss für einen neuen Bebauungsplan zu dem 22,5 Hektar großen Areal zwischen Englischem Garten und Ifflandstraße. Die Hypovereinsbank hatte dieses Ende 2019 für dem Vernehmen nach gut eine Milliarde Euro an Investoren verkauft, die nun eine Sanierung und Nachverdichtung planen.

Das Projekt ist aus mehreren Gründen stadtplanerisch heikel: Es geht um die Wechselwirkung mit dem Denkmal Englischer Garten insgesamt. Zudem steht der von Sep Ruf und Karl Kagerer im Jahr 1967 geplante Tucherpark selbst als Ensemble unter Denkmalschutz. Und es gibt darin mehrere Einzeldenkmäler.

„Wir sind nicht dafür, dass neu gebaut wird, weder im Norden noch im Süden.“

Hinzu kommt, dass der südliche Bereich des Tucherparks als „Allgemeine Grünfläche“ ausgewiesen ist, die nach einem vom Stadtrat angenommenen Bürgerbegehren von Bebauung freigehalten werden soll. Im bisher vorliegenden Masterplan der Investoren – der Projektentwickler Hines und die Commerzbank-Tochter Commerz Real – war ein Neubau vorgesehen, der teilweise in dieser Grünfläche gelegen hätte.

Die grün-rote Rathauskoalition hat wochenlang über ihren Umgang mit den Investorenplänen beraten und in der Vollversammlung einen umfangreichen Änderungsantrag vorgelegt. In diesem lehnt sie den neuen Baukörper „Tivoli West“ in der Grünfläche ab und will auch einen Neubau am nördlichen Ende zugunsten einer größeren öffentlichen Sportanlage streichen.

Als Kompensation soll ein weiterer Neubau im Süden („Tivoli Ost“) größer und womöglich auch höher ausfallen können, er soll komplett oder überwiegend dem Wohnen dienen. Zudem gibt Grün-Rot das Ziel vor, dass bei der Nachverdichtung des Tucherparks „mindestens 600 Wohnungen“ entstehen sollen, „für alle Bevölkerungsgruppen mit einem möglichst hohen Mietwohnanteil“. Bisher ist der Tucherpark vor allem ein Büroquartier mit einem kleinen Anteil von etwa 200 Wohnungen. Grün-Rot will die Neuplanung des Tucherparks nutzen, um weitere Vorhaben prüfen zu lassen: ob man auf der Ifflandstraße mehr Platz für Fußgängerinnen und Fußgänger und den Radverkehr schaffen und dafür die Zahl der Autospuren von vier auf zwei reduzieren kann; und ob man auf Höhe des Tucherparks eine dritte Eisbachwelle einrichten kann.

„Es war ein Sündenfall, dass dieses Gebiet im regionalen Grünzug überhaupt bebaut wurde, aber es ist passiert“, sagte Grünen-Stadtrat Paul Bickelbacher. „Deshalb fordern wir, dass damit behutsam umgegangen wird, dass nicht zu viel gebaut wird und dass weiter entsiegelt wird.“ Simone



Burger (SPD) ergänzte, der Tucherpark solle „nicht so bleiben, wie er ist. Wir wollen ihn sozial weiterentwickeln.“ Deshalb wolle man „mehr Vorgaben machen, weil wir glauben, dass das Gebiet das braucht“.

Für die CSU erklärte Heike Kainz, dass sich hier eine Chance zur „Stadtsanierung“ biete, die man grundsätzlich unterstütze. Das gelte auch für einzelne Vorhaben von Grün-Rot, wobei Kainz keine Beispiele nannte. Insgesamt könne man dem Änderungsantrag aber nicht zustimmen, „weil er den Gürtel zu eng schnürt und so die Entwicklung einschränkt“. Die Überlebensentwicklung gehen aus Kainz' Sicht hingegen „vollkommen in die falsche Richtung“.

Eine überraschende Allianz formierten die drei kleineren Oppositionsfraktionen:

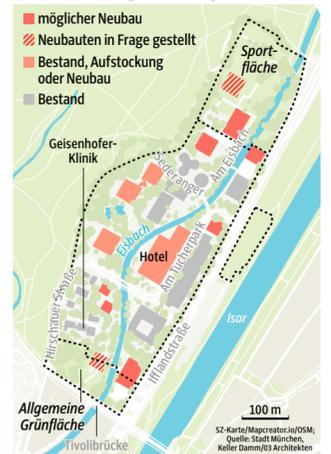
Jörg Hoffmann (FDP) kündigte zu Beginn seiner Wortmeldung an, es werde eine für seine Partei „paradoxe Intervention“. Denn die FDP lehnt das Investorenprojekt grundsätzlich ab: „Wir glauben, dass der Tucherpark gefühlt ein Teil des Englischen Gartens ist.“ Deshalb könne eine Weiterentwicklung allenfalls „sanft“ geschehen. „Wir sind nicht dafür, dass neu gebaut wird, weder im Norden noch im Süden“.

Für Hoffmann geht das auch konform mit seinem Verständnis von Marktwirtschaft: Investoren müssten vor einem Kauf den Preis anhand dessen aushandeln, „was dort möglich ist“. Hines und Commerz Real hätten hingegen „einen Preis gezahlt, der viel zu hoch ist, in der Hoffnung, dass die Stadt ihnen mehr Baurecht gibt. Aber wenn ich zu viel gezahlt ha-

be, kann ich das nicht der öffentlichen Hand aufbürden.“

Da könne sie sich „dem geschätzten Kollegen Hoffmann nur anschließen“, sagte danach Brigitte Wolf von der Linken. Deshalb stelle man einen Antrag, „dass die Planungen komplett gestoppt werden und zurück auf Null gehen, und wenn geplant wird, dann lediglich im Rahmen des bestehenden Baurechts“. Tobias Ruff (ÖDP) findet, dass die geplante Nachverdichtung „den Sündenfall am Englischen Garten noch verstärkt“. Lobend erwähnte er, dass „mehrere Fraktionen erstmals dem Grünflächen-Bürgerbegehren Rechnung tragen“. Anna Hanusch von den Grünen entgegnete am Rande der Sitzung auf die Kritik: Wenn man den Investoren zu strenge Vorgaben mache und diese sich zurückzö-

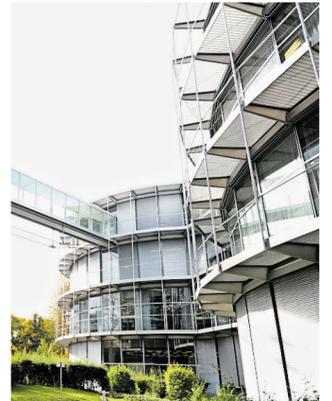
Nachverdichtung im Tucherpark



Der Tucherpark wurde von Sep Ruf und Karl Kagerer 1967 geplant und steht unter Denkmalschutz.

Bei der von Investoren geplanten Nachverdichtung stellt die Stadt nun Bedingungen – vor allem soll es mehr Wohnungen geben.

FOTOS: BJÖRN HOLLAND/VISIONDESIGN/ HINES IMMOBILIEN, STEPHAN RUMPF



Spatenstich für Hunderte neue Wohnungen

Auf dem Gelände der früheren McGraw-Kaserne soll bezahlbarer Wohnraum für Staatsbedienstete entstehen – nachdem hier lange nichts passiert ist

Die Protagonisten haben sich je eine Schaufel geschnappt. Nun will Andreas Nietsch bis drei zählen, damit der symbolische Spatenstich vor den Fotografen synchron ausgeführt wird – doch da grätscht dem Geschäftsführer der staatlichen Wohnungsbaugesellschaft Stadibau der Ministerpräsident dazwischen. „Ich gebe das Kommando“, raunt Markus Söder (CSU) seinem Nebenmann zu, worauf dieser sogleich innehält. Das Signal ist klar: Pressefotos, zumal in Wahlkampfzeiten, sind Chefsache. Und so ist es kurz darauf Söder, auf dessen Geheiß er selbst, Andreas Nietsch und Bauminister Christian Bernreiter (CSU) je eine Schaufel Kies in die Luft werfen. Das Trio steht an diesem Vormittag in einer gewalt-

gen Baugrube auf der Tegernseer Landstraße in Obergiesing – auf dem Areal der früheren McGraw-Kaserne.

Das Gelände wurde bereits 1992 nach dem Abzug der US-Soldaten an den Freistaat übergeben, und schon seit jener Zeit gibt es Überlegungen, dort staatliche Wohnungen zu bauen. „Endlich“, betont daher Markus Söder in seiner Rede, „geht's an der McGraw-Kaserne voran.“ Der Freistaat schaffe hier für seine Beschäftigten bezahlbaren Wohnraum, der dringend benötigt werde. Schließlich gehöre der Großraum München „zu den attraktivsten Regionen der Welt“, konstatiert der Ministerpräsident. „Hier boomt's, hier kracht's, hier geht's voran.“

Konkret sollen auf dem 2,35 Hektar großen Gelände südlich der denkmalgeschützten Halle 19 insgesamt 257 Wohnungen für Staatsbedienstete sowie ein Wohnheim mit 297 Apartments entstehen, in dem beispielsweise Referendare für ihre Dienstzeit in München unterkommen können – „mit bezahlbaren Mieten unterhalb des Münchner Mietspiegels“, so die Stadibau. Im Weiteren sind auf dem Areal drei Kitas und ein Supermarkt geplant.

Die Entwürfe der Architekturbüros Teleintercafe und MLA+ aus Berlin sowie der Landschaftsarchitekten von Treibhaus, im Weiteren sind entlang der Stadelheimer Straße einen durchgehenden Gebäudekomplex vor, der unter anderem die

Ladenfläche und ein siebenstöckiges Wohnheim als Hochpunkt umfasst. Darunter soll eine Tiefgarage mit 550 Stellplätzen entstehen. Weiter im Norden folgen dann zwei aus jeweils zwei Baukörpern bestehende Ensembles mit Innenhöfen, umgeben von Grünflächen und Quartiersplätzen.

Bis Ende 2026 werden die Wohnungen fertig sein, kündigt Christian Bernreiter an. Im zweiten Quartal 2027 sollen dann Apartments, Kitas und der Supermarkt folgen. Der Minister ist in seiner Rede bemüht, die Anstrengungen des Freistaats in puncto Wohnungsbau hervorzuheben – mithin ein Bereich, in dem die Staatsregierung vielfach kritisiert wird, auch weil sie

hinter den selbst gesteckten Zielen zurückzubleiben droht.

„Wir schieben hier gewaltig an“, betont Bernreiter und ergänzt diese Aussage so: „Im Landtagswahlkampf der CSU obligatorische Ampel-Bashing: ‚Im Gegensatz zum Bund.‘ So werde die Stadibau heuer 870 Wohnungen im Bau haben. Und bei der ‚oft gescholtenen Bayernheim‘, so Bernreiter über die andere Wohnungsbaugesellschaft des Freistaats, werden es bis Jahresende insgesamt 2000 Wohnungen sein. „Ich weiß gar nicht, was es da zu kritisieren gibt“, betont der Minister.

Ganz anders hat das freilich der Oberste Bayerische Rechnungshof vor Kurzem bewertet. „Die Bayernheim hat mehr als drei Jahre nach Gründung noch keine Wohnung selbst neu geschaffen“, hieß es im Jahresbericht der Staatsbehörde. „Stattdessen hat sie nur wenige Wohnungen erworben, die ohnehin errichtet worden wären.“ Und damit verfehle die Bayernheim ihr erklärtes Ziel, Wohnraum neu zu schaffen.

Dass auch Markus Söder mit dem Wirken der Wohnungsbaugesellschaften offenbar nicht rundum zufrieden ist, zeigen seine Pläne für eine Verschmelzung von Bayernheim, Stadibau und dem Siedlungswerk Nürnberg. Diese Fusion werde zu einer „insgesamt besseren Planung“ führen, sagt er beim Spatenstich. Im Weiteren betont der Ministerpräsident mit Blick auf die Baubranche, die derzeit unter den gestiegenen Zinsen ächzt: „Wir brauchen ein Konjunkturprogramm, denn ohne den Bau geht nichts voran.“ In der Sommerpause werde er darüber mit dem Bauminister beraten, kündigt Söder an. Und im Anschluss ist dann wohl mit weiteren Kommandos des Ministerpräsidenten zu rechnen.

Patrik Stäbler



Neben Wohnungen sollen auf dem früheren Kasernengelände begrünte Innenhöfe entstehen, auch ein Supermarkt und drei Kitas sind geplant. Bis zum Spatenstich hat es lange gedauert, Ende 2026 sollen die ersten Wohnungen fertig sein. FOTOS: TELEINTERCAFE, MLA+, TREIBHAUS; CATHERINA HESS

